Unioncorn

Das LSU-Magazin aus Niedersachsen

LSU

FEBRUAR/MÄRZ 2021

ARTIKEL DREI:

Das Grundgesetz soll auch die sexuelle Identität schützen

Seite 8

STATUS-UPDATE:

Die Anerkennung der LSU kommt bald, aber etwas Geduld ist noch gefragt

Seite 10

NIEDERSACHSEN:

Wirken, Termine und Veranstaltungen der LSU in Niedersachsen

Seite 11

Politik im Pandemiemodus

So lief die LSU-Lounge – Seite 4 bis 7

Moin!

Fortschritt, wie wir ihn wollen – Digitalisierung beginnt bei uns! Unter diesem Motto begann das Jahr für uns recht aufregend. Nachdem bereits der Bundesparteitag und auch der Landesparteitag in digitaler Form stattgefunden hatten, legten wir als LSU nach – naturgemäß kleiner, aber ebenso fein. In kürzester Zeit wurde die „LSU Lounge“ konzeptionell aus dem Boden gestampft und dank unseres Vorstandmitglieds Daniel Kaszanics und seines Teams der „Weltenretter“ und von „DCO Event-Support“ technisch auf die Beine gestellt. Ein besonderer Dank geht hier noch an Dr. Max Matthiesen, den Landesvorsitzenden der CDA. Dessen Jahresauftaktveranstaltung am Vorabend machte unsere Lounge erst möglich.

Wir blicken auf den Seiten 4 bis 7 zurück auf die Gespräche mit Leon Dietrich von der Polizei Niedersachsen, Cora Weiler vom andersraum e.V. aus Hannover und mit Silvia Breher, stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, sowie Sebastian Lechner, Generalsekretär der CDU in Niedersachsen – beides alte Digital-Hasen, wenn man so sagen darf. Alle vier hielten durchaus Neues und Interessantes für uns bereit und haben dabei geholfen, die anfängliche Nervosität vor der Kamera in den Griff zu bekommen.

Auf bundespolitischer Ebene steht womöglich noch in dieser Legislaturperiode die Erweiterung des Artikels 3 unseres Grundgesetzes an. In Absatz 3 soll das Merkmal der „sexuellen Identität“ ergänzt werden. Über dieses Vorhaben, das gerade von einem breiten Spektrum an LSBTI-Organisationen – darunter auch die LSU – durch eine Petition unter dem Hashtag #grundgesetzfüralle vorangetrieben wird, habe ich mir auf den Seiten 8 und 9 mal Gedanken gemacht.

Zwar haben auch Silvia Breher und Sebastian Lechner klare Unterstützung für den neuen Status der LSU signalisiert, die Entscheidung auf einem entsprechenden Parteitag dürfte aber Corona-bedingt noch etwas auf sich warten lassen. Auf Seite 10 bringen wir Euch auf den neuesten Stand. Auch die Bundesmitgliederversammlung der LSU mit der Neuwahl eines Vorstandes bleibt übrigens von der Pandemie weiterhin nicht verschont (eine unserer Kurzmeldungen wie immer auf Seite 4).

Ich wünsche Ihnen und Euch eine anregende Lektüre und verspreche, dass wir nach dem viel zu kurzen Februar, der keine eigen Unioncorn-Ausgabe möglich machte, in den kommenden Monaten wieder regelmäßig erscheinen.

Ihr und Euer

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender der
LSU in Niedersachsen

Kurzmeldungen

Foto: LSU

BMV frühestens im Sommer

Mitgliederversammlung wird verschoben

Aufgrund der Corona-Pandemie kann derzeit noch keine Mitgliederversammlung des LSU Bundesverbands stattfinden. Der Bundesvorstand hat kürzlich beschlossen, dass der Termin nicht vor Juli sein wird. Zwischenzeitig hat der Vorstand die Zuständigkeiten der drei stellvertretenden Vorsitzenden neu geordnet. Charline Köhler übernimmt die Funktion der Schriftführerin, Philipp Pohlmann organisiert Veranstaltungen und Mario Röllig ist für Politisches zuständig.

Foto: LSU Wiesbaden

LSU Wiesbaden gegründet

Erster Kreisverband jenseits von Berlin

Die Mitglieder der LSU in Wiesbaden haben Ende Februar einen eigenständigen Kreisverband gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Stefan Löwer gewählt, der zugleich auch stellvertretender Vorsitzender der LSU Hessen ist. Das Vorstandsteam komplettieren Miriam Kempte, Ludwig Krammer, Andreas Liedtke, Dennis Friedrich, Nikolas Jacobs und Reinhard Bauerschmitz. Die Gründungsveranstaltung fand in hybrider Form statt und gibt Rückenwind für die Kommunalwahl.

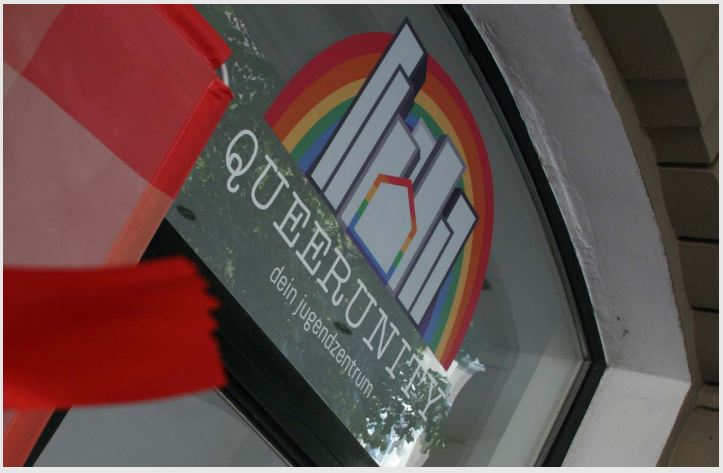


Foto: QueerUnity

Unterstützung für Jugendzentrum

Stadtbezirksrat fördert barrierefreie Toilette

Das QueerUnity bekommt endlich eine barrierefreie Toilette. Der Stadtbezirksrat Hannover Mitte hat mit breiter Mehrheit dem Förderantrag des Andersraum e.V. zugestimmt. Im August 2019 wurde Hannovers queeres Jugendzentrum in der Calenberger Neustadt eröffnet. Dank eines interfraktionellen Antrags, den auch die CDU-Bezirksratsfraktion mit vorangetrieben hat, wurde der Antrag auf Projektförderung in Höhe von 3.500 Euro angenommen.

Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Die LSU geht digital voran

Union und Community treffen sich in der LSU-Lounge

Eigentlich hätte im Februar die jährliche Mitgliederversammlung der LSU in Niedersachsen stattfinden sollen. Doch die Corona-Pandemie lässt das derzeit nicht zu. Die Bundes-CDU und auch die CDU in Niedersachsen haben zwar vorbildlich aufgezeigt, dass innerparteiliche Demokratie inklusive Vorstandswahlen auch in einer derartigen Krise noch funktioniert. „Uns als LSU hätte die Organisation einer digitalen Vorstandswahl allerdings an die Grenzen des Leistbaren gebracht, fürchte ich“, erkennt Sven Alexander van der Wardt die Lage an. „Sobald die Infektionslage eine Präsenzveranstaltung aber wieder zulässt, wird auch der Landesvorstand der LSU sich wieder zur Wahl stellen.“

Dennoch wollte die Niedersachsen-LSU die Chance nicht verstreichen lassen, Mitgliedern und Unterstützern auch in diesem Februar ein ganz besonderes Programm zu bieten. Recht spontan ergab sich die Möglichkeit, eine digitale Veranstaltung live aus dem Wilfried-Hasselmann-Haus zu streamen. Greenscreen-Studio, Ton und Technik wurden dabei von „Weltenretter“ und „D.C.O. Event-Support“ zur Verfügung gestellt, die am Vortag bereits eine Veranstaltung der CDA übertragen haben. „Unser Dank gilt eindeutig Daniel Kaszanics und seinem Weltenretter-Team sowie Jens von D.C.O. Event-Support“, sagt Sven Alexander van der Wardt.

Innerhalb von nur knapp zehn Tagen hat das Vorstandsteam der Niedersachsen-LSU die Idee der „LSU-Lounge“ ersonnen und vier hochkarätige Gäste gewinnen können. „Es war uns wichtig, auch in diesem Jahr Vertreter von Partei und Community zusammenzubringen“, sagt der LSU-Landeschef. „Seit unserer Gründung vor vier Jahren ist das unser Ansatz und an diesem bewährten Format wollen wir festhalten.“ Auch wenn die Gäste nicht physisch in einem Raum zusammenkommen konnten und der Austausch beim Gläschen Sekt ausfiel, konnte die LSU einen umfassenden und kurzweiligen Einblick in die unterschiedlichen Sphären bieten.

Den Anfang machte Leon Dietrich, Ansprechperson für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) bei der Polizei Niedersachsen. Auf ihn folgte Corinna Weiler vom Andersraum e.V., sie ist für die Koordination des queeren Zentrums zuständig und organisiert alljährlich den CSD Hannover. Aus der Partei war zuerst Sebastian Lechner MdL, Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, aus seinem Zuhause in Neustadt am Rübenberge zugeschaltet. Abgerundet wurde die LSU-Lounge durch den digitalen Besuch von Silvia Breher, der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden und CDU-Landesvorsitzenden aus Oldenburg. Die Gespräche führten Sven Alexander van der Wardt und sein Stellvertreter Matthias Eitenbenz. Worum es in den vier Einzelgesprächen ging, haben wir auf den folgenden Seiten zusammengefasst...

Die ganze LSU-Lounge auf Youtube ansehen:
https://youtu.be/sgn4A077xiI

Foto: LSU

Die Polizei wird vielfältiger

Leon Dietrich von der Polizei Niedersachsen berichtet über seine Arbeit

Bei der niedersächsischen Polizei koordiniert Leon Dietrich hauptamtlich die Arbeit der LSBTI-Ansprechpersonen. Dabei hat sich in den vergangenen Jahren eine ganze Menge getan. Die Polizei sei jünger, bunter und vielfältiger geworden, lobt Leon Dietrich. Er bekennt, dass er sich vor 20 Jahren vermutlich noch nicht als transidente Person bei der Polizei geoutet hätte. Heute hilft Leon Dietrich anderen Polizistinnen und Polizisten beim Coming Out, sensibilisiert Kolleginnen und Kollegen über Workshops und sorgt auch dafür, dass Gewalt gegen LSBTI eher zur Anzeige gebracht wird.

In der LSU-Lounge berichtete er im Gespräch mit Sven Alexander van der Wardt, dass es für jeden sehr schwierig sei, nach der Erfahrung von Diskriminierung, Beleidigungen oder Gewalt irgendwo hin zu gehen und den Fall anzuzeigen – und sich dabei zu offenbaren. Dafür braucht es die Arbeit der LSBTI-Ansprechpersonen – damit sich jede und jeder sicher fühlen kann.

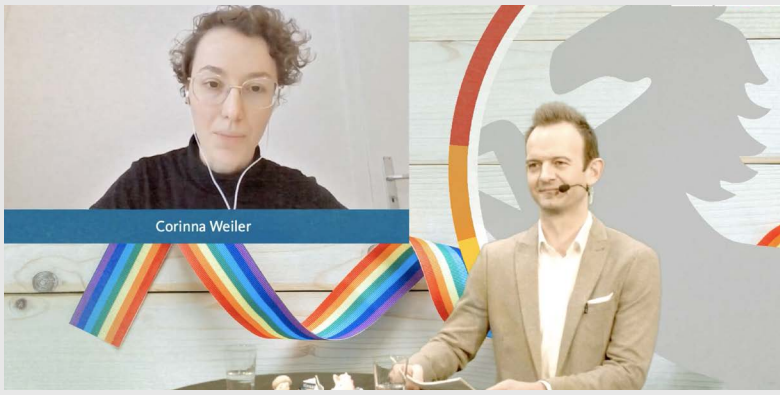
Die Zahl der Übergriffe auf Angehörige sexueller Minderheiten nimmt zu. Besonders stark steigen die Zahlen in Berlin. Aber auch in Niedersachsen gibt es einen Zuwachs. Das kann auch damit zu tun haben, dass die gute Arbeit der LSBTI-Ansprechpersonen zu mehr anzeigen führt: das Dunkelfeld wird aufgehellt. Es liegt aber auch am Internet, weiß Leon Dietrich. Dort komme es vermehrt zu Hasskriminalität auch gegen LSBTI.

Ein Jugendzentrum geht ins Digitale

Corinna Weiler vom Andersraum im Gespräch mit Matthias Eitenbenz

Die Corona-Pandemie wurde häufig als Kontrastmittel bezeichnet, das altbekannte Probleme noch deutlicher zu Tage treten lässt. Diese Erfahrung hat auch Corinna Weiler vom Andersraum e.V. gemacht. In der LSU-Lounge erzählte sie Matthias Eitenbenz, dem stellvertretenden LSU-Landesvorsitzenden, dass LSBTI unter Umständen noch viel härter von der Pandemie getroffen wurden. Queere Geflüchtete oder transidente Obdachlose, denen in der Corona-Krise der Schutzraum genommen wurde, sind nur zwei Beispiele, die Corinna Weiler nannte.

Auch queeren Jugendlichen wurden in der Pandemie die Schutzräume genommen. Das queere Jugendzentrum in Hannovers Nordstadt, QueerUnity, hat deshalb seine Angebote im vergangenen Jahr komplett ins Digitale verlegt. 30 Webinare wurden angeboten, ein komplett digitales Jugendzentrum wurde eröffnet und diverse Veranstaltungsformate fanden virtuell statt – wie Gruppentreffen oder Watchpartys.



Corinna Weiler dankte der CDU in Stadt, Region und Land für die Unterstützung des queeren Jugendzentrums – und sie stellte heraus, dass dafür auch die LSU ursächlich ist. Den Lesben und Schwulen in der Union wünschte sie gleichwohl mehr Mut zu stärkeren Forderungen – beispielsweise in Zusammenhang mit der Reform des Transsexuellengesetzes, der dritten Option und dem Schutz für queere Geflüchtete.

Fotos: LSU

Auf in den digitalen Wahlkampf

Generalsekretär lobt die Arbeit der Niedersachsen-LSU

Foto: LSU

Sebastian Lechner, neuer Generalsekretär der Niedersachsen-CDU, bereitet die Partei auf einen Corona-konformen Wahlkampf vor. In der virtuellen LSU-Lounge schilderte er gegenüber LSU-Landeschef Sven Alexander van der Wardt, dass es dabei verstärkt auch um digitale Formate gehen werde. „Ich habe den Eindruck, dass wir als Partei schon gut dabei sind“, sagte er und verwies darauf, dass bereits auf allen Ebenen und in verschiedenen Kreisen der Partei die digitalen Angebote gut angenommen werden. Es mache ihn stolz, dass die digitalen Formate in der Partei so gut gelingen – beispielsweise der Landesparteitag, der kürzlich aus der Halle 39 in Hildesheim gestreamt wurde.

Den klassischen Haustürwahlkampf, der bei den zurückliegenden Wahlen große Erfolge für die CDU gezeitigt hat, werde es in diesem Jahr wohl kaum geben können. „Ich kann jedem nur abraten, mit Maske an einer Haustür zu klingeln“, sagte Lechner. Bis zum Sommer werde es wohl vorrangig noch digitale Angebote geben. Danach seien vielleicht Wahlkampfstände und auch Präsenzveranstaltungen eher wieder möglich, prognostizierte der Landesgeneralsekretär. Den Sozialen Medien werde deshalb in diesem Wahlkampf eine ganz besonders große Rolle zufallen, aber auch der gezielte Versand von Werbebriefen. Den Kommunalpolitikern werde die Landespartei viele Vorschläge machen, wie Wahlkampf in Corona-Zeiten aussehen kann.

In diesem Jahr herausfordernd, dass die kommunalen Themen neben der Bundespolitik auch wahrgenommen werden. Schließlich findet die Bundestagswahl nur zwei Wochen nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen statt. Inhaltlich werde es im Wahlkampf um die Themen dezentrale Gesundheitsversorgung, Ausbau der (digitalen) Infrastruktur, den Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Corona-Krise und die Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz gehen, führte der Landtagsabgeordnete aus Neustadt am Rübenberge aus.

„Es ist wichtig, das zu retten, was wir an digitaler Kompetenz erworben haben, auch wenn wir uns wieder in Präsenz treffen können.“

Lechner hofft darauf, dass der Trend zum Digitalen auch in Zukunft nicht nachlässt: „Es ist wichtig, das zu retten, was wir an digitaler Kompetenz erworben haben, auch wenn wir uns wieder in Präsenz treffen können.“ Die Gremiensitzungen der Landes-CDU sollen in jedem Fall auch in Zukunft in hybrider Form angeboten werden, damit die Parteiarbeit für mehr Menschen vereinbar wird mit Privatleben und Beruf. „Wir müssen auch Menschen einbinden können, die einfach aufgrund ihrer Lebensumständen Schwierigkeiten haben, der Parteiarbeit so mitzumachen, wie sie das wollen.“

Für die LSU hatte Lechner noch ein „ganz großes Dankeschön“ mitgebracht – dafür, dass Niedersachsen einen sehr aktiven LSU-Landesverband habe. Er nehme die Arbeit der LSU in Niedersachsen sehr deutlich wahr, sagte Lechner. Damit sei schon ein ganz großer Erfolg von dem gelungen, wofür die Vereinigungen wichtig sind – zu zeigen, dass sie ein ganz selbstverständlicher Teil der CDU sind. Wenn im März die Arbeiten am Regierungsprogramm der CDU beginnen, solle auch die LSU mit ihren Inhalten integriert werden. Das sei das Ziel des Parteitags-Hashtags: #gemeinsamstark mit allen Facetten.

Unterstützung für Zwei-Mütter-Ehen

LSU soll an Entwicklung von Lösungsvorschlägen mitwirken

Silvia Breher sichert der LSU Unterstützung bei einer Stärkung von Zwei-Mütter-Ehen zu. Die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU und Bundestagsabgeordnete für Cloppenburg-Vechta mahnte jedoch als Gast der virtuellen LSU-Lounge, in dieser Angelegenheit seien noch dicke Bretter zu bohren. Der Anteil derjenigen, die für eine Änderung des Abstammungsrechts seien, nehme aber zu, meint sie.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war Breher im vergangenen Jahr für die Reform des Adoptionsrechts zuständig. Ziel des Adoptionshilfegesetzes war es, die Herkunftsfamilien besser mitzunehmen und auch die neuen Familien gut einzubinden. Die Grundrichtung bezeichnete Breher als durchweg positiv – doch dann sei das Thema der Zwei-Mütter-Ehe aufgeploppt.

Was genau war die Herausforderung? Das Adoptionshilfegesetz sieht ein zusätzliches Beratungsgespräch vor einer Adoption vor. Dies hätte nun auch bei einer sogenannten Stiefkindadoption bei lesbischen Paaren Anwendung gefunden. Denn noch immer ist es so, dass selbst trotz Öffnung der Zivilehe für homosexuelle Paare, bei der Geburt eines Kindes nicht automatisch beide Frauen als rechtliche Mütter anerkannt werden. Diese ohnehin wenig zufriedenstellende Situation wäre nun durch das neue Adoptionshilfegesetz noch verschärft worden. Im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag konnte diese Verschärfung allerdings noch abgewendet werden.

Im Gespräch mit Silvia Breher fragte Sven Alexander van der Wardt, ob es nicht allein schon im Interesse des Kindes sinnvoll sei, beim Abstammungsrecht nachzubessern. Silvia Breher unterstützt diesen Kurs aber mahnt, es gebe dabei noch dicke Bretter zu bohren.

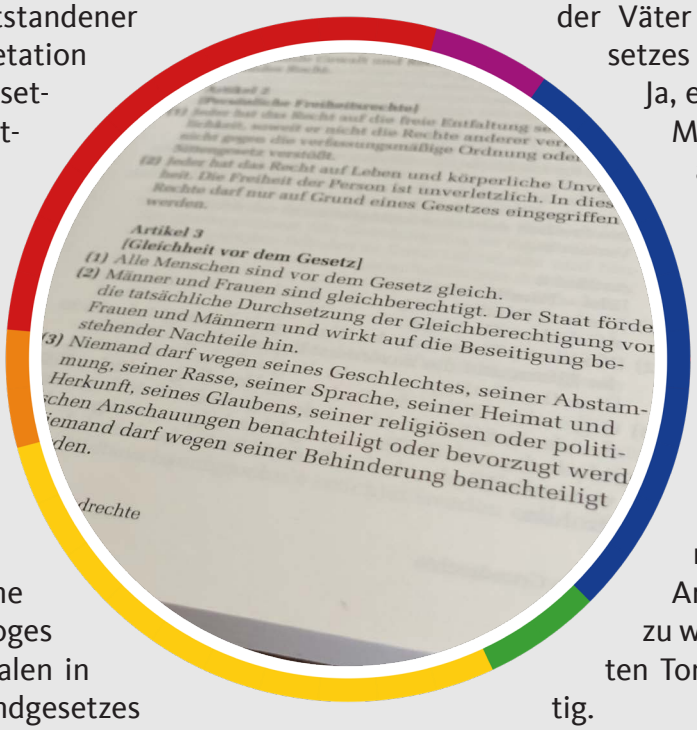
Foto: LSU

Es bleibt jedoch die grundsätzliche Problematik bei der automatischen Mutterschaft in lesbischen Ehen. „Wäre es nicht auch im Interesse des Kindes sinnvoll, hier noch nachzubessern?“, fragte LSU-Landeschef Sven Alexander van der Wardt in der LSU-Lounge. Silvia Breher stimmte zu, gab aber zu bedenken, dass es hier um das Abstammungsrecht und nicht das Adoptionsrecht gehe. Die Rechtspolitiker der Fraktion führten an dieser Stelle an, dass es dabei um die biologische Abstammung und nicht die rechtliche gehe. Breher warb dafür, an der Lösung dieses Problems aktiv mitzuwirken. Es gehe letztlich um die Frage, ob man etwas ändern wolle oder eben nicht wolle. Gründe, warum etwas nicht geht, finde man immer. An die LSU appellierte die CDU-Vizechefin, weiterhin Gespräche zu führen, Wege zu suchen und konkrete Lösungsvorschläge zu finden.

Sexuelle Identität ins Grundgesetz!

Eine Einordnung von Sven Alexander van der Wardt

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich bin kein allzu großer Freund von Verfassungsänderungen. Selten haben – schon rein sprachlich – Änderungen den ursprünglichen Text besser gemacht. Folglich sollte man hier stets vorsichtig und sorgfältig zu Werke gehen. Der Text einer Verfassung sollte idealerweise etwas Überzeitliches haben und unser Grundgesetz erfüllt dies in geradezu vorbildlicher Weise. Als Beleg dafür mag der Umstand gelten, dass es in den letzten 76 Jahren oft Vorbild für die Verfassungen neu oder wieder entstandener Nationen war. Die Interpretation und Auslegung des Grundgesetzes in seinem jeweiligen Zeitzusammenhang ist Sache des Bundesverfassungsgerichtes und diese Aufgabe hat das Gericht, soweit ich das beurteilen kann, in seiner Geschichte immer sehr verantwortungsvoll wahrgenommen. Insofern tue ich mich auch etwas schwer mit dem Hashtag „grundgesetzfüralle“, unter dem die derzeitige Kampagne zur Erweiterung des Kataloges von Diskriminierungsmerkmalen in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes läuft. Das Grundgesetz gilt auch jetzt bereits für alle Menschen, die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sind, beziehungsweise sich auf ihrem Staatgebiet aufhalten.



Ich halte es aber ebenso mit der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, für die das Recht niemals losgelöst von den Anschauungen der Gesellschaft sein kann, für die es Geltung beansprucht. Ändern sich die Anschauungen, muss sich auch das Recht ändern. Die Ergänzung des Artikels 3, Absatz 3 um das Merkmal „sexuelle Identität“ ist hiernach nur folgerichtig. Die gesellschaftlichen Anschauungen zur Homosexualität und zu LSBTI allgemein haben sich – Gott sei Dank – geändert. Der § 175 Strafgesetzbuch – sichtbarstes Zeichen einer auch nach 1945 fortgesetzten staatlichen Diskriminierung – ist abgeschafft, die auf Grundlage dieses Paragraphen Verurteilten wurden rehabilitiert und haben Anspruch auf eine staatliche Entschädigung. Dies wurde auch möglich, weil das Bundesverfassungsgericht in gefestigter Rechtsprechung den allgemeinen Diskriminierungsschutz selbstverständlich auch auf LSBTI bezogen hat. Das Anachronistische des Paragraphen 175 wurde dadurch nur allzu augenfällig.

Allerdings scheint es mir verkürzt, die mögliche Erweiterung, gleichsam in die Vergangenheit blickend, lediglich als Heilung eines Versäumnisses der Väter und Mütter des Grundgesetzes im Jahr 1949 zu begreifen. Ja, es ist richtig: Der Katalog der Merkmale erinnert natürlich an die „Kategorisierung“ von Menschen durch die Nationalsozialisten und ist als bewusste Absage an selbige zu lesen und zu verstehen. Ebenfalls richtig ist es, dass Homosexuelle von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden und sich gleichwohl nicht in der Aufzählung des Artikels 3 wiederfinden. Dies zu wissen und wie auf einer zweiten Tonspur mitzudenken ist wichtig.

Ihre eigentliche Legitimation erhält die Erweiterung aus meiner Sicht aber erst durch den Blick in die Gegenwart und vor allem in die Zukunft. Das Grundgesetz beschreibt nämlich keinen Ist-Zustand, sonst hätten wir ja bereits die beste aller Welten. Es formuliert – vergleichbar einer großen Klammer – den übergeordneten Anspruch unserer Gesellschaft an sich selbst und bildet damit zugleich den Maßstab, an dem sie sich messen lassen muss. Wenn wir nunmehr beobachten müssen, dass die gruppenbezogene Diskriminierung von LSBTI wieder zunimmt, die überwältigende Mehrheit unserer Gesellschaft aber nicht bereit ist, dies auch nur zu tolerieren, sondern stattdessen sagt: so eine Gesellschaft wollen wir nie sein – dann ist es wiederum nur logisch, diesen Anspruch an herausgehobener Stelle auch zu formulieren.

Als Christdemokraten könnte es uns, bei allen juris-

Foto: LSU

tischen Bauchschmerzen, die man im Detail haben kann und die ich für mich oben ebenfalls angedeutet habe, eigentlich auch leichter fallen, eine Erweiterung des Artikels 3 mitzutragen, nimmt man das beschriebene „Übergeordnete“ in den Blick. Wenn es uns ernst ist mit einer Politik aus dem Christlichen Menschenbild, das jedem Menschen seine unveräußerliche Würde aufgrund seiner Gottesebenbildlichkeit zuspricht und damit das Individuum und seine (gottgegebene) Freiheit ins Zentrum unseres politischen Handelns stellt, dann kann man der angestrebten Verfassungsänderung eigentlich auch guten Gewissens zustimmen.

Noch ein Letztes ist mir wichtig: LSBTI waren Opfer und wie jeder andere Mensch auch, wollen wir das nie wieder sein. Ich sehe aber unser Anliegen nicht als Anrecht von Opfern, das habe ich versucht deutlich zu machen. Ich möchte es auch nicht als ein Almosen oder gar als eine Art Ablasshandel verstanden wissen. Wir können heute laut, öffentlich und ohne Angst unsere Anliegen vorbringen und finden in den demokratischen Parteien Gehör. Wir können uns mit Volksvertreterinnen und Volksvertretern auf allen Ebenen ganz selbstverständlich austauchen, die sich aus unterschiedlichsten Gründen für uns einsetzen. Wir sind keine Opfer, sondern selbstbewusste Gestalter unseres eigenen Lebens und des Zusammenlebens in einer Gesellschaft, deren natürlicher Teil wir sind. Ich halte es da mit der französischen Rabbinerin Delphine Horvilleur: „Wir leben in einer Zeit, in der Opfer von Gewalt, deren Klagen Jahrhunderte lang unterdrückt wurden, nun hörbar werden. Zugleich bereitet es mir Sorge, wenn Menschen sich nur darüber definieren, was ihnen zugestoßen ist, oder von anderen auf ihr Opfersein reduziert werden. Man ist nie nur das, was einem angetan wurde.“

Foto: Initiative Grundgesetz für alle

Warum wir #Grundgesetzfüralle nicht fordern müssen

Als LSU teilen wir das Ziel: Auch wir möchten, dass der Artikel 3 (3) unseres Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität ergänzt wird. Doch die Argumentation und die Kampagne, die sich den Hashtag #Grundgesetzfüralle gegeben hat, sollten wir nicht teilen.

Bei diesem Claim verhält es sich wie damals bei der „Ehe für alle“, die 2017 firmierte, als es um die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare ging – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Den Begriff „Ehe für alle“ muss man als Konservativer unpassend finden, weil es gerade nicht darum ging, das Institut der Ehe für alle Konstellationen zu öffnen. Wir erinnern uns an die Debatte rund um die Geschwister- oder die Mehrehe. Die ungenaue Begrifflichkeit hat zu dieser Debatte geradezu provoziert.

Bei #Grundgesetzfüralle verhält es sich nun andersherum. Hier wird der Eindruck erweckt, bislang würde das Grundgesetz nicht für alle Menschen in Deutschland gelten. Dem ist aber nicht so. Auch jetzt stehen Lesben, Schwule, Trans*, Bi- und Intersexuelle unter dem Schutz des Grundgesetzes.

Die Ergänzung des Artikel 3 unseres Grundgesetzes wäre allerdings ein deutliches Zeichen, gerade angesichts steigender Zahlen von Übergriffen, Hass und Hetze gegen LSBTI. Das ist schon viel wert und ein gutes Argument. Man muss sich nicht stärker zum Opfer machen, als man es eben schon ist.

Teil der Unionsfamilie

Die offizielle Anerkennung der LSU kommt … bald

Der Verband der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) wird als offizielle Parteigliederung anerkannt. Nach dem mutigen Vorstoß der CDU Berlin ist im vergangenen Jahr auch die Struktur- und Satzungskommission der CDU zu dem Ergebnis gekommen, eine entsprechende Änderung des Parteistatuts vorzuschlagen. Doch noch muss sich die LSU gedulden. Eigentlich hätte der CDU-Bundesparteitag im Dezember 2020 die Vorschläge der Kommission umsetzen sollen. Das Corona-Infektionsgeschehen sorgte allerdings zuerst für eine Verkleinerung der Tagesordnung und dann für eine Absage des gesamten Parteitags. Auch beim digitalen Parteitag Mitte Januar wurden alle Beschlüsse jenseits der Vorstandswahlen vertagt.

Grund zur Sorge gibt es für die LSU derweil nicht, denn die Zustimmung zur Anerkennung ist groß. Der letzte Bundesvorstand der CDU hat dem neu gewählten Vorstand empfohlen, an den Änderungen der Satzung wie vorgeschlagen festzuhalten. In ihrer Abschiedsrede als Parteivorsitzende hob Annegret Kramp-Karrenbauer die Anerkennung der LSU besonders hervor und auch in einem Interview mit „Civis & Sonde“ ging sie darauf ein.

Nicht nur die frühere Parteivorsitzende, sondern auch alle drei Bewerber für ihre Nachfolge haben sich im Vorfeld positiv geäußert. Auch Armin Laschet stellt sich einer Anerkennung nicht entgegen. In Nordrhein-Westfalen ging er bereits mit gutem Beispiel voran. Dort ist die LSU schon seit einigen Jahren als Netzwerk offizieller Teil der Union.

Auch aus Niedersachsen gibt es positive Signale. Der frühere Generalsekretär Kai Seefried hatte sich in der Struktur- und Satzungskommission für die LSU eingesetzt. Bei der digitalen LSU Lounge live aus dem Wilfried-Hasselmann-Haus sagte Seefrieds Nachfolger Sebastian Lechner, er begrüße den Beschluss der Struktur- und Satzungskommission und unterstütze dessen Umsetzung: „Die LSU ist ein integraler Bestandteil der Partei.“

Verbunden mit der offiziellen Anerkennung wäre ein Sitz im Bundesvorstand der Partei und voraussichtlich auch analog auf jenen Ebenen, in denen die LSU organisiert ist. Darüber hinaus hätte die LSU Antragsrecht beim Parteitag.

Als Zeichen der Anerkennung wehen seit einigen Jahren zu besonderen Anlässe auch Regenbogenfahnen vor dem Konrad-Adenauer-Haus in Berlin, der Parteizentrale der CDU Deutschlands.

Foto: Burghard Mannhöfer für die LSU

Neues aus Niedersachsen

Stammtisch mit der JU Lehrte

Die Junge Union in Lehrte hat viele in der Community und auch in den anderen Parteien sehr überrascht. Im vergangenen Jahr brachten die Jungunionisten den Antrag ins politische Verfahren ein, in Lehrte eine queere Jugendgruppe aufzubauen. Die Zustimmung kam von allen Seiten, die kommunale Jugendarbeit ist hellauf begeistert und setzt das Projekt nun um.

Von ihrer Motivation und den positiven Erfahrungen rund um ihren Antrag berichteten einige Mitglieder der JU Lehrte im Februar beim digitalen Stammtisch mit der LSU in Niedersachsen. Schon war's! Gerne wieder...

Rettet die Sau: LSU und CDU vermitteln zwischen Betreibern und der Landeshauptstadt

Wie geht es weiter mit der Schwulen Sau? Das schwul-lesbische Veranstaltungszentrum in Hannovers Nordstadt steht vor dem Aus (wir berichteten im Januar). Inzwischen liefen weitere Gespräche mit dem Trägerverein und den Verantwortlichen aufseiten der Stadtverwaltung.

Die LSU hatte den Kontakt zur CDU-Fraktion in Stadt- und Bezirksrat vermittelt. Beide Fraktionen haben nach den Gesprächen Fragenkataloge an die Stadt versandt. Derzeit wird das weitere Vorgehen abgestimmt.

Auch Teile des hannoverschen Ampelbündnisses aus SPD, Grünen und FDP zeigen Aktivität in Sachen Rettung der Schwulen Sau. Doch nicht alle politischen Mitbewerber stehen noch so sehr an der Seite des Trägervereins, wie noch zu früheren Zeiten.

Die LSU wird sich weiterhin für eine Zukunft der Schwulen Sau einsetzen und mit den Verantwortlichen nach gangbaren Lösungen suchen.

Hannover.CSD unter Corona-Bedingungen geplant

Der CSD.Hannover wird wie gewohnt am Pfingstwochenende stattfinden (22. und 23. Mai 2021). Allerdings zwingt die Pandemie zu Einschränkungen. So soll die Menschenrechtsdemo aus drei Elementen bestehen: aus einem digitalen Programm (Sonnabend, 22. Mai von 18 bis 22 Uhr), einer Demo (Sonntag, 23. Mai, 11 bis 14 Uhr) und einem dezentralen Straßenfest (Sonntag, 23. Mai, an verschiedenen Uhrzeiten). Änderungen aufgrund des Corona-Infektionsgeschehens bleiben natürlich möglich.

Digital-Termine

04. März **Stammtisch digital**
Gast: Kristian W. Tangermann

18. März **Stammtisch digital**
Gast: Einzigartig e.V.

01. April **Stammtisch digital**

Jeweils ab 19 Uhr via Webex

SCAN ME

Für die Teilnahme am digitalen LSU-Stammtisch einfach diesen QR-Code scannen oder vorbeischauen auf: lsuinniedersachsen.my.webex.com/meet/unioncorner